

Sie können Einspruch gegen den Grundsteuerwertbescheid einlegen, wenn Sie der Meinung sind, dass der Bescheid fehlerhaft ist, können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheids Einspruch einlegen. Ein formloses Schreiben an das Finanzamt reicht aus.

Aktenzeichen ...

Identifikationsnummer ...

Einspruch gegen den Grundsteuerwertbescheid, Hauptfeststellung auf den 1.1.2022 vom tt.mm.jjjj

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege(n) ich/wir Einspruch gegen den oben genannten Steuerbescheid vom tt.mm.jjjj ein. Den Einspruch begründe(n) ich/wir wie folgt:

Die dem Bescheid zugrunde liegenden gesetzlichen Regelungen des Bewertungsgesetzes sind meines/unseres Erachtens verfassungswidrig.

Die Grundsteuerwerte werden in einem typisierten Verfahren ermittelt. Bei der Wertbestimmung des Grund und Bodens besteht ein Anpassungsverbot an einen evtl. niedrigeren gemeinen Wert, weshalb objektspezifische Besonderheiten nicht berücksichtigt werden können.

Es besteht auch keine Möglichkeit, durch ein Sachverständigengutachten oder sonstige aussagekräftige Unterlagen den Nachweis zu führen, dass der tatsächliche gemeine Wert niedriger ist. Dies verletzt das **verfassungsrechtliche Gebot des Übermaßprinzips**. Wenn die Festsetzung der Grundsteuer durch die Gemeinde an den Wert des Grundstücks anknüpfen soll, muss der Wert des Grundstücks realitätsgerecht ermittelt werden.

Die finanziellen Auswirkungen der Grundsteuer stehen zudem erst fest, nachdem die Gemeinden die Grundsteuerbescheide erlassen haben. Dann werden die (anzufechtenden) Grundlagenbescheide in nahezu allen Fällen bereits in Bestandskraft erwachsen sein. Aufgrund der zeitlichen Diskrepanz zwischen dem Erlass der Grundlagen- und Folgebescheide verstoßen die Grundlagenbescheide gegen den **staatlichen Bestimmtheitsgrundsatz**.

Ich/wir beantrage(n) deshalb das Ruhen des Einspruchsverfahrens nach § 363 Abs. 2 Satz 1 AO bis die finanziellen Konsequenzen der Bescheide klar ersichtlich sind. Zudem kommt auch aufgrund bereits anhängiger Musterverfahren bei verschiedenen Finanzgerichten (z. B. beim FG Berlin Brandenburg, dem FG Baden Württemberg und dem FG Rheinland-Pfalz) ein Ruhen des Verfahrens in Betracht. Ich/ Wir stimme(n) einem solchen Ruhen des Verfahrens bereits jetzt zu.

Darüber hinaus liegen nach meiner/unserer Auffassung wegen der derzeit beim BFH anhängigen Beschwerdeverfahren gegen die Beschlüsse des FG Rheinland-Pfalz vom 23.11.2023, 4 V 1295/23 und 4 V 1429/23, auch die Voraussetzungen der sog. Zwangsruhe nach § 363 Abs. 2 Satz 2 AO vor.

Für den Fall, dass Sie meinen/unseren Ausführungen nicht folgen und Anträgen nicht entsprechen wollen, beantrage(n) ich/wir die Erörterung des Sach- und Rechtsstands nach § 364a AO.

Mit freundlichen Grüßen

Herr Mustermann/Frau Musterfrau